

Ä12

Antrag

Antragsberatung BDKJ-Hauptversammlung 2025

Initiator*innen: BDKJ Aachen (dort beschlossen am: 06.05.2025)

Titel: **Ä12 zu A9: Bundesweite 72-Stunden-Aktion
2027**

Antragstext

Von Zeile 2 bis 3:

Die Aktion findet zwischen Mai und Juli 2027~~9~~ bundesweit in allen 27 deutschen Diözesen und BDKJ-Jugendverbänden statt. Den genauen Termin legt der

Begründung

Das Jahr 2027 ist zu früh um erneut eine 72-Stunden-Aktion durchzuführen, wenn diese ähnlich erfolgreich werden soll wie in der Vergangenheit. Die Planung der Aktion bedarf auf Bundes- und Diözesanebene entsprechende Vorlaufzeiten insbesondere um Finanzierungsfragen zu klären. Der BDKJ Limburg und Essen haben bereits angekündigt, bei einer Aktion 2027 nicht dabei zu sein. Auch wir haben große Zweifel an der Umsetzbarkeit und würden ggf nur eine deutlich abgespeckte Version stemmen können. Generell gilt für die NRW Bistümer, dass eine Förderung für 2027 durch Landesmittel zwar nicht unmöglich aber deutlich erschwert ist. Erfahrungsemäß hätte man entsprechende Signale ins Ministerium bestenfalls schon im vergangenen Jahr schicken müssen. Im Bundesverband sind unseres Wissens nach die Fragen der Finanzierung noch völlig offen und wurden im

Bundesstellen e.V. noch nicht thematisiert.

Warum 2027 vorgeschlagen wird ist auf Grundlage des Protokolls der BuKo DV schlüssig. Jedoch möchten wir darauf hinweisen, dass in der Einladung zu der BuKo lediglich eine Reflektion angekündigt war und nicht, dass es bereits um die Weichenstellungen für eine erneute Aktion gehen könnte. Wäre das vorher klar gewesen, hätten wir innerhalb unserer Delegation andere Informationen mitgegeben und uns beim Stimmungsbild anders verhalten. Generell ist das Stimmungsbild auf einer BuKo kein ausreichender Gradmesser für solch eine (kurzfristige) Entscheidung. Der Vorschlag 2029 hatte demnach (gemäß mündlicher Aussage anwesende) nur sehr geringfügig weniger Zustimmung. Eine Befragung, wenn Sie nicht nur ein einfaches Stimmungsbild ist, sondern zu einem Antrag durch den Hauptausschuss führt, hätte auf breitere Basis gestellt werden oder zumindest besser vorab kommuniziert werden können. Es gab dementsprechend auch keine Möglichkeit sich in den Bistümern mit Kooperationspartner*innen abzusprechen. Bei uns sieht auch das Bistum als gleichwertiger Veranstalter den Termin kritisch. Dadurch sind bei uns nicht nur Landesmittel fraglich sondern auch finanzielle Unterstützung unseres Bistums und die Reichweite die das Bistum durch die kirchliche Jugendarbeit mitbringt.

Wir wünschen uns eine 72-Stunden-Aktion die bundesweit stattfindet und Begeisterung erzeugt. Wir befürchten bei einer überstürzten Aktion, zumindest in unserem Bistum, eine deutlich kleinere Aktion.